

Plattform nachhaltige Biomasse

Gemeinsame Koordination:

WWF Deutschland
Grosse Präsidentenstr. 10
10178 Berlin

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn

Herrn Bundesminister Horst Seehofer
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Herrn Bundesminister Sigmar Gabriel
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

Donnerstag, 10. Januar 2008

Offener Brief an die Bundesminister Seehofer und Gabriel

Regierung fördert "Roadmap Biokraftstoffe" statt Biomasseaktionsplan

Sehr geehrter Bundesminister Gabriel,

Sehr geehrter Bundesminister Seehofer,

wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und möchten Sie auch weiterhin bei dieser Arbeit aktiv unterstützen. Die derzeitige Vorgehensweise ihrer Häuser zum weiteren Ausbau der Bioenergienutzung bereitet uns aber erhebliche Sorgen.

Wir fordern dringend eine Korrektur der politischen Ausrichtung der Bioenergiepolitik der Bundesregierung und bitten Sie, die folgenden Bedenken und Anliegen bei der weiteren politischen Weichenstellung in der Bioenergiepolitik zu berücksichtigen.

1. Die von Ihnen am 21. November 2007 vorgestellte "Roadmap Biokraftstoffe" und die damit einhergehende starke und vorschnelle Fokussierung auf Biokraftstoffe setzt aus Sicht der unterzeichnenden Verbände falsche Prioritäten.

Die unterzeichnenden Organisationen halten die Ausbauziele für Biokraftstoffe und die Biokraftstoffquoten in Deutschland für ein falsches Signal. Sie fordern stattdessen die Bundesregierung auf, der Automobilindustrie klare Vorgaben zu geben, um die Flottenverbräuche bis 2012 auf 120g CO₂/km und bis 2020 auf 80g CO₂/km zu senken, ohne dabei Biokraftstoffe einzubeziehen. Die Einbeziehung von Biokraftstoffen verschleiern den absolut zu hohen Verbrauch der Fahrzeuge. Durch technologische Innovation und entschiedenes Down-sizing der Motoren muss die Einsparung fossiler Kraftstoffe sowie die Reduktion von klimarelevanten Gasen im Verkehr erreicht werden. Solche Motoren und Fahrzeuge sind bereits seit langem verfügbar.

Das Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) vom Juli 2007 betont, dass Biomasse in der Wärme- sowie gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung bis zu dreimal effizienter und wesentlich kostengünstiger eingesetzt werden kann als bei der Erzeugung von Biokraftstoffen der ersten Generation. Dies gilt insbesondere, wenn Kohle durch Biomasse ersetzt wird. In der Gesamtbilanz mit anderen Prioritäten kann mehr Klimaschutz zu niedrigeren Vermeidungskosten für Steuerzahler, Autofahrer und Stromkunden erreicht werden. Wärme und Strom sollten daher bei der Biomasseförderung Vorrang vor Biokraftstoffen erhalten.

Die Biokraftstoffziele können nur mit erheblichen Importen aus Drittländern realisiert werden. Eine zukünftige Verfügbarkeit von Biokraftstoffen der zweiten Generation ist noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, so dass diese Tatsache den Importbedarf von Biokraftstoffen verstärken kann. Negative soziale und ökologische Auswirkungen in Drittländern erscheinen unter den derzeitigen Vorgaben unausweichlich.

2. Die vorliegende Nachhaltigkeitsverordnung zum Biokraftstoffquotengesetz kann die potenziellen negativen Auswirkungen der Ausbauziele von Biokraftstoff und der Biokraftstoffquoten nicht abfangen. Es ist entwicklungspolitisch schlicht unverantwortlich, dass soziale Standards und damit die Einhaltung von Menschenrechten aus dem Verordnungsentwurf wieder gestrichen wurden! Die staatliche Förderung von Biokraftstoffen erfordert verantwortliches Handeln der Bundesregierung entsprechend ihrer wiederholten Bekundungen, zuletzt in der Heiligendammer G8-Gipfelerklärung „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ und damit den Ausschluss von Kraftstoffen, die unter Verletzung der Menschenrechte produziert werden.

Eine Nachhaltigkeitsverordnung ohne soziale Anforderungen verdient es nicht, als solche bezeichnet zu werden. Wir bitten Sie darum, die Verordnung entsprechend ihrer Inhalte zu kommunizieren.

Für bedenklich halten wir auch, dass in der Verordnung kein Bezug zur Ernährungssicherung und dem Recht auf Nahrung genommen wurde, welche die Bundesregierung anerkannt hat. Ernährungssicherung muss Vorrang vor dem Erreichen der Biokraftstoffziele und der Erfüllung der Quoten haben, dazu muss das Recht auf Nahrung als Grundprinzip in der Verordnung verankert werden.

Dass indirekte Landnutzungsänderungen im derzeitigen Entwurf nicht berücksichtigt wurden, ist bedauernd. Die Zusage der Bundesregierung, dieses Thema und die dazu notwendige Methodik so rasch wie möglich zu erarbeiten, auch im Hinblick auf Eingaben in ein EU Zertifizierungssystem, werden wir verfolgen und ggf. einfordern, denn gerade die indirekten Auswirkungen haben massive Auswirkungen auf Biodiversität und den Klimaschutz.

3. Die weltweit begrenzte Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Flächen sowie die übergeordnete Zielsetzung der Reduktion von Klimagasen erfordert eine kohärentere Strategie der Bundesregierung in der Bioenergiepolitik. Der Biomasseaktionsplan, der für diese Strategie den Rahmen setzen muss, liegt bedauerlicherweise immer noch nicht öffentlich vor. Er könnte aber einen wichtigen und sinnvollen Beitrag dazu leisten, die begrenzten Biomasseressourcen in Deutschland nachhaltig und effizient zu nutzen.

Die unterzeichnenden Verbände fordern die Bundesregierung auf, diesen innerhalb der Regierung bereits diskutierten Biomasseaktionsplan endlich Verbänden der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zu einer breiten Diskussion vorzulegen.

4. Anders als es mit der Roadmap für Biokraftstoffe gehandhabt wurde, fordern wir Sie auf, ein transparentes Verfahren und die rechtzeitige Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen in die Diskussion um den Bioamseaktionsplan zu ermöglichen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine durchdachte, auf Wärme und Strom fokussierte Strategie fuer Deutschland der Bioenergienutzung die Akzeptanz in der Gesellschaft verschafft, die sie benötigt. Die Vermeidung negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen muss dabei gewährleistet sein.

In Vertretung der unterzeichnenden Organisationen

Juergen Maier
Forum Umwelt und Entwicklung

Eberhard Brandes
WWF Deutschland

Unterzeichnende Organisationen:



ASW - Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft



BUND



FIAN Deutschland



Euronatur



Forum Umwelt und Entwicklung



Germanwatch



Katholische Landjugendbewegung Deutschlands



Misereor



NABU



Pro Regenwald



Robin Wood



Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen



WWF Deutschland